



Medienmitteilung

Zürich, 7. März 2024

GPK übt scharfe Kritik wegen gescheitertem IT-Projekt

Die Geschäftsprüfungskommission wirft in ihrem Tätigkeitsbericht dem Regierungsrat und der Justizdirektion vor, bei dem seit Jahren kriselnden und nun gescheiterten Informatikprojekt JURIS X zu lange zugeschaut zu haben ([KR-Nr. 30/2024](#)). Die Probleme bei der Entwicklung waren hinlänglich bekannt. Nun wird die GPK den Ausstieg der Abraxas Informatik AG aus dem Fachbereich Justiz untersuchen.

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat ihren Tätigkeitsbericht 2023/24 einstimmig an den Kantonsrat verabschiedet. Sie hat im Berichtsjahr drei Prüfungen abgeschlossen und zu zehn laufenden Prüfungen weitere Abklärungen vorgenommen.

Fachapplikation Justizvollzug: Ein Scheitern mit Ansage

Die GPK befasst sich seit Jahren aus Sicht der Oberaufsicht mit IT-Fachapplikationen im Justizbereich, vor allem beim Justizvollzug. Nach erneuten technischen Schwierigkeiten und weiteren zeitlichen Verzögerungen musste die GPK Mitte Dezember 2023 nicht überraschend zur Kenntnis nehmen, dass das Projekt JURIS X der Abraxas Informatik AG im Auftrag der Direktion der Justiz und des Innern (JI) kläglich gescheitert ist. Zwar hat sich die JI vertraglich so abgesichert, dass ihr keine direkten Projektkosten entstehen, weil das Produkt erst nach erfolgter Lieferung bezahlt worden wäre. Dass aber über Jahre an diesem kriselndem IT-Projekt festgehalten wurde, ist aus Sicht der GPK unverständlich. Die GPK hat in ihren Tätigkeitsberichten immer wieder auf erhebliche Missstände hingewiesen. Auch dass mit der Abraxas Informatik AG eine Anbieterin, an welcher der Kanton Zürich als Miteigentümer zu 42 Prozent massgeblich beteiligt ist, ein für die Kantone so essenzielles Geschäftsfeld wie den Justizbereich gänzlich aufgeben kann, wirft grundsätzliche Fragen auf. Die GPK hat daher beschlossen, die jüngsten Vorkommnisse rund um den Ausstieg der Abraxas Informatik AG aus dem Fachbereich Justiz zu untersuchen.

Steueramt: Deutliche Verbesserungen beim Pendenzenabbau

Nach verschiedenen Hinweisen auf verzögerte Rechnungsstellungen von Steuerforderungen – vor allem bei der Quellensteuer – hat sich die GPK in den vergangenen Jahren regelmässig über die Arbeitsabläufe und den Stand der Pendenzen beim Steueramt informieren lassen. Bei den ordentlichen Steuern ergab sich für die GPK aufgrund der erhaltenen Informationen kein weiterer Abklärungsbedarf. Auch bei der Quellensteuer stellte die GPK über die letzten Jahre eine deutliche Verbesserung des Bearbeitungsstandes fest und konnte mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, dass die Befassung der GPK mit dieser Sache etwas bewirkt hat.

Vereinheitlichung des kantonalen Personalwesens: Regierungsrat ist gefordert

Schon seit mehreren Jahren befasst sich die GPK mit der Organisation des kantonalen Personalwesens. Sie anerkennt den Willen der Finanzdirektion und des Personalamtes, das neue HR-Geschäftsmodell mit Nachdruck voranzutreiben. Es gibt jedoch offensichtlichen Widerstand in den einzelnen Direktionen. Die GPK ist deshalb der Auffassung, dass es am Regierungsrat liegt, seine Führungsverantwortung in dieser Sache endlich angemessen



wahrzunehmen. Es ist zwar nachvollziehbar, dass einzelne Direktionen gerade bei Rekrutierungsfragen ihren Handlungsspielraum bewahren wollen. Dass dadurch aber die weitere Standardisierung und Vereinheitlichung der HR-Administration in der kantonalen Verwaltung immer wieder verzögert und behindert wird, ist für die GPK unhaltbar.

Berufsfachschulen: Reformen dringend nötig

In jüngster Zeit gab es immer wieder Hinweise auf mögliche Missstände an einzelnen Berufsfachschulen, darunter die Technische Berufsfachschule Zürich (TBZ). Die GPK liess sich daher von der Bildungsdirektion (BI) und dem seitens des Kantons zuständigen Mittelschul- und Berufsbildungsamt näher über die Aufsicht über die Berufsfachschulen und besonders über die Vorkommnisse an der TBZ informieren. Für die GPK zeigt der an der TBZ eskalierte Konflikte exemplarisch auf, dass es Reformen braucht. Sie erwartet daher, dass mögliche Neuerungen im Rahmen des Projekts «Governance Sekundarstufe II» mit Nachdruck vorangetrieben werden und zur dringend nötigen Klärung der Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten der verschiedenen Gremien und Institutionen führen. Die GPK wird das Projekt weiterhin aus Sicht der Oberaufsicht verfolgen und erwartet von der BI respektive vom Regierungsrat zeitnah eine entsprechende Vorlage.

Kontakt:

Kommissionspräsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22